

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses III vom 10. Februar 2022

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 925 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu Spucktests in der Kleinkindbetreuung und den Schulen**

Seit Unterrichtsbeginn im Januar wird den Kindern in der Kleinkindbetreuung und den Schulen nahegelegt einmal wöchentlich einen Schnelltest zu machen, um präventiv zu agieren.

Einige von uns Anwesenden haben auch Kinder und wissen daher, zu welchem Drama es in Familien kommen kann, wenn der wöchentliche Selbsttest ansteht. Manche Kinder weigern sich schlichtweg, den Tupfer gut 2 cm in ihre Nase "gesteckt" zu bekommen.

Viele Familien werden dieser Belastung am frühen Morgen verständlicherweise aus dem Wege gehen und führen den Test deshalb einfach nicht durch. Damit ist die Wirkung des breiten, präventiven Testens aber natürlich stark geschwächt.

In manchen anderen Ländern stehen den Kindern und Jugendlichen auch Speicheltests, sogenannte "Lollitests", zur Verfügung, die wesentlich angenehmer in der Handhabung sind. Um solche Tests in Belgien zu vertreiben, wäre eine Zulassung nötig, wenn sie außerdem rückerstattet werden sollen, zusätzlich eine Genehmigung des LIKIV, des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung. Offenbar gibt es aber bis heute keinen solchen Antrag auf Zulassung in Belgien - zumindest nicht nach unserer Kenntnis.

Dennoch wünschen wir von der Ecolo-Fraktion uns, dass solche angenehmeren Testverfahren auch in Belgien Anwendung finden könnten und haben daher folgende Fragen, Werte Frau Ministerin:

- *Gibt es einen Antrag auf Zulassung für Speicheltests auf föderaler Ebene?*
- *Wenn nein: Woran kann das liegen?*
- *Was können Sie, als Bildungsministerin oder ihre Ministerkollegen bewirken, um eine solche Zulassung voranzutreiben?*

- **Frage Nr. 926 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu Abwesenheiten in der Kleinkindbetreuung**

In den Haushaltsdebatten rechnete ich Ihnen anhand eines realen Beispiels einer Tagesmutter vor, was es für sie finanziell im Monat November bedeutet hätte, wenn sie nicht auf die steuerfreie Einkommensausfallentschädigung hätte zurückgreifen können. Da

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

die Tagesmutter in einem Monat 22 Abwesenheiten zu verzeichnen hatte, hätte sie 360 € weniger verdient.

Die Situation in der Pandemie verschärft sich zur Zeit immer mehr, was sich in der Kleinkindbetreuung natürlich durch zahlreiche Abwesenheiten bemerkbar macht.

Daher unsere Fragen, sehr geehrte Frau Ministerin:

- *Wie viele Abwesenheiten waren in den Monaten Oktober - Februar in der Kleinkindbetreuung zu verzeichnen?*
- *Welche waren die höchsten Abwesenheitszahlen bei den einzelnen Tagesmüttern?*
- *Die Steuerbefreiung der erhöhten Ausfallentschädigung soll nach aktuellem Stand Ende März auslaufen. Das ist vor dem Hintergrund der aktuellen Abwesenheitszahlen in der Kleinkindbetreuung nicht hinnehmbar. Wie schätzen Sie diese Situation ein?*

• **Frage Nr. 927 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu Medienkompetenz durch Zugang zur Web Version der Tageszeitung**

Der Medienkonsum bei unseren Kindern und Jugendlichen ist in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen. Es ist von entscheidender Bedeutung, ihnen zu ermöglichen, einen kritischen Geist in Bezug auf die Inhalte zu entwickeln, denen sie ausgesetzt sind.

In der Fédération Wallonie-Bruxelles wurde daher das Pilotprojekt "Ouvrir mon quotidien numérique" (Meine digitale Tageszeitung öffnen) gestartet, welches teilnehmenden Schulklassen, die "Web"-Versionen der Tagespresse zur Verfügung stellt.

Dies ist die erste konkrete Umsetzung eines Medienkompetenz-Plans.

Die Ecolo-Fraktion findet dieses Projekt äußerst interessant und wichtig, da so die Bildungspraktiken an die Realitäten unserer Zeit angepasst werden, um ihre Herausforderungen meistern zu können.

Daher unsere Fragen, werte Frau Ministerin:

- *Können Sie sich ein solches Projekt für die Deutschsprachige Gemeinschaft vorstellen?*
- *Mit welchen Kosten wäre eine solche Entscheidung verbunden?*

• **Frage Nr. 928 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur Lehrlingsentschädigung**

In Sachen Mindestentschädigung der Lehrlinge, deren Anhebung für Juli 2022 geplant ist, sollte das IAWM mit dem in einer Arbeitsgruppe (AG) ausgearbeiteten Vorschlag auf die verschiedenen Akteure zugehen, die sich nicht an der AG beteiligt hatten.

Meine Frage hierzu lautet:

- *Haben diese Treffen inzwischen stattgefunden und welches sind die Ergebnisse, die Sie uns mitteilen können?*

• **Frage Nr. 929 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum geplanten Treffen der Direktoren/Leiter der Krankenhäuser sowie WPZS mit der Regierung bezüglich der dualen Ausbildung der Pflegekräfte**

Laut Ihrer Aussage von Ende letzten Jahres sollte am 14. Januar 2022 ein Treffen zwischen den Direktoren/Leitern der Krankenhäuser sowie der WPZS und Ihnen stattfinden. Bei diesem Treffen wollten Sie u.a. die Bedarfe und Anforderungen der einzelnen Einrichtungen

in Sachen duale Ausbildung von Pflegekräften besprechen. So teilten Sie mit, dass es beispielsweise 9 Pflegeprofile gäbe, welche bezüglich einer dualen Ausbildung für Pflegekräfte im Raum stünden. Der vorgesehene Austausch sollte u.a. Klarheit darüber bringen, welche Erwartungen die einzelnen Einrichtungen an diese hätten.

Wie Sie wissen, steht die Vivant-Fraktion der dualen Ausbildung für Pflegekräfte sehr positiv gegenüber. Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels in diesem Sektor, sollten alle Möglichkeiten in diesem Bereich geprüft werden. Erinnern möchte ich bei dieser Gelegenheit auch daran, dass die Bürgerversammlung mit Nachdruck eine solche Ausbildung empfiehlt.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

- *Können Sie uns bitte die Erkenntnisse und Ergebnisse dieses Treffens schildern?*
- *Falls es nicht stattgefunden hat, aus welchem Grund nicht?*
- *Wurde bereits ein erneutes Treffen anberaumt?*

• **Frage Nr. 930 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zur Schaffung neuer Ausbildungsprofile im Pflegebereich**

Laut ihrer Aussage hat Ende Januar ein geplantes Treffen zwischen ihnen, den Einrichtungen der WPZs und den Krankenhäusern der DG zum Thema der Schaffung von neuen Ausbildungsprofilen im Pflegebereich stattgefunden.

Hintergrund ist der Pflegemangel, der uns auch immer wieder hier im PDG beschäftigt. Es ist allen bewusst, dass wir dringend auf mehr potentielle Pflegekräfte angewiesen sind und es schaffen müssen, Menschen für diesen Beruf zu begeistern. Neben den offensichtlichen Stellschrauben wie dem Gehalt und guten Arbeitsbedingungen, stellt sich die Frage nach der Attraktivität der Ausbildung.

Allerdings stoßen wir hier auf ein Hinderniss, denn die DG ist nur für die Gestaltung der Ausbildung in Gesundheitsberufen zuständig, nicht aber für die Anerkennung von Ausbildungen als solche. Die Schaffung eines neuen Ausbildungszweigs durch die DG ist nur außerhalb der Gesundheitsberufe möglich, beispielsweise um Pflegekräfte anderweitig zu unterstützen.

Nun hat das eben genannte Treffen stattgefunden um die Bedarfe zu analysieren und zu schauen, wie man die Gesundheitsdienstleister in der DG entlasten kann.

Ich möchte in dem Zusammenhang nochmal darauf hinweisen, dass diese Maßnahme nur eine, wenn auch wichtige Stellschraube ist, um den Pflegeberuf aufzuwerten und die Arbeitsbelastung auf mehreren Schultern zu verteilen. Andere Maßnahmen sind die überfällige Erhöhung der Gehälter der Krankenpfleger oder die Überarbeitung der Normen und die Einführung eines Stipendiensystem, woran ja gearbeitet wird.

Nun habe ich in Bezug auf die Schaffung neuer Ausbildungsprofile folgende Fragen:

- *wie sind die Gespräche mit den Akteuren verlaufen und wie lauten die Ergebnisse?*
- *wie sieht die weitere Arbeitsplanung aus?*

• **Frage Nr. 931 von Frau ELSSEN (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zur Broschüre des Arbeitsamtes über die Ausbildungsmöglichkeiten in der DG und Berufsorientierungsangebote in den Schulen**

Der Dienst für Berufsorientierung des Arbeitsamtes hat eine aktualisierte Broschüre über die Ausbildungsmöglichkeiten junger Leute in der DG herausgegeben. In dieser Broschüre werden alle in der DG möglichen Bildungswege aufgezeigt. Sei es der allgemeinbildende oder der berufsbildende Sekundarschulunterricht, sei es die Mittelständische Ausbildung,

Bachelorstudiengänge oder die Industriellehre – wirklich alle Bildungswege und dazugehörigen Ausbildungsstätten sind darin ersichtlich.

Bei dieser 32-seitigen Broschüre handelt es sich um ein wertvolles Dokument, welches den jungen Menschen in unserer Gemeinschaft einen sehr guten Überblick über wirklich alle ihre beruflichen Möglichkeiten hier bei uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verschafft.

Auch wenn diese Broschüre weniger für die Berufsorientierung an sich geeignet ist, verweist sie auf alle Möglichkeiten der Berufsberatung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Während der Pandemie, wo es auch vorkommen kann, dass die Berufsorientierungsangebote in den Schulen ausfallen, sei es durch Krankheit oder durch Einschränkungen, ist es wichtig, dass die jungen Menschen trotzdem über all ihre Möglichkeiten informiert werden, damit sie für sich den bestmöglichen Weg auswählen können.

Meine Fragen diesbezüglich lauten daher:

- *Wird diese Broschüre den Schülern der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Schulen systematisch zur Verfügung gestellt?*
- *Wie sehen derzeit die Berufsorientierungsangebote in den Schulen aus?*
- *Konnten diese Angebote bisher ohne Einschränkungen stattfinden?*

• **Frage Nr. 932 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters**

Am 4. Februar erschien im Grenz-Echo ein Leserbrief "vieler KindergärtnerInnen" der Großgemeinde Raeren. Diese zeigten sich sehr besorgt in Bezug auf die Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters. Dies sowohl in Bezug auf die Situation, die dann in den Kindergärten herrschen wird, als auch in Bezug auf die Einrichtungen, die aktuell die Kinder im Alter von 2,5 bis 3 Jahren empfangen. Selbstverständlich können wir die Sorgen nachvollziehen. Dies bedeutet nicht, dass man gegen eine Herabsenkung sein muss, denn es werden vor allem Fragen gestellt und Sorgen geäußert.

Im gleichen Kontext schrieb Magie Müsch-Mathey aus Recht, ebenfalls Kindergärtnerin, kurze Zeit später einen weiteren Leserbrief. Ihre Auffassung werde ich wie die der „vielen Kindergärtnerinnen“ in Raeren nicht ausführlich schildern, da dies bereits geschehen ist.

Uns ist in diesem Kontext vor allem wichtig, dass das Kind im Mittelpunkt steht. Nicht irgendeine Lösung zur Unterbringung der Kinder, sondern die Lösung, die den Bedürfnissen jedes Kindes am besten entspricht, sollte angestrebt werden.

Deswegen ist uns wichtig, dass die Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters sehr gut geplant, durchdacht und begleitet wird.

Daher, sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass auch heute schon einige Kinder mit 2,5 Jahren in den Kindergarten gehen, lauten meine Fragen:

- *Welche begleitenden Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass künftig alle Kinder mit 2,5 Jahren im Kindergarten gut aufgehoben sein können?*
- *In welchem Maße werden KindergärtnerInnen sowie die übrigen Fachleute bei der Umsetzung der Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters einbezogen?*
- *Welche gezielten Informationen ergehen an die Einrichtungen, die aktuell die Kinder im Alter von 2,5 bis 3 Jahren empfangen?*

• **Frage Nr. 933 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu kostenlosen Corona-Selbsttests für die Erwachsenenbildungseinrichtungen**

Im Januar befragte ich Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, in Bezug auf die kostenlosen Corona-Selbsttests für Kinder.

Die Frage beantworteten Sie damals sehr zufriedenstellend. Denn Sie konnten vermelden, dass nicht nur den Kindern Selbsttests zur Verfügung gestellt werden, sondern „allen Personalmitgliedern aus der schulischen, der beruflichen und der Hochschulbildung, aus dem Teilzeitkunstunterricht und aus der Kinderbetreuung sowie allen Kindergartenkindern, Primar-, Sekundarschülern, sowie Auszubildenden und Studierenden kostenlos“.

Bei einer so vollständigen Auflistung konnte man den Eindruck gewinnen, dass jeder, der an einem Unterricht teilnimmt kostenlose Selbsttests erhält.

Inzwischen ist uns jedoch bekannt, dass die Erwachsenenbildungseinrichtungen im Gegensatz z.B. zur Autonomen Hochschule keine kostenlosen Selbsttests erhalten haben. Obwohl laut den uns zugekommenen Rückmeldungen einige Kursteilnehmer gerne Selbsttests machen würden. Jedoch verfügen eben jene Teilnehmer nicht selten lediglich über begrenzte finanzielle Mittel.

Gleichzeitig wären zahlreiche Lehrpersonen wohl viel beruhigter, wenn sie davon ausgehen könnten, dass die Teilnehmer bei regelmäßigen Selbsttests negative Resultate hatten. Dies ganz besonders bei hohen Fallzahlen.

Derweil wurde die Wichtigkeit des Präsenzunterrichts immer wieder betont und dürfte dieses Prinzip auch für den Bereich der Erwachsenenbildung gelten.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Warum erhielten die Erwachsenenbildungseinrichtungen keine kostenlosen Selbsttests für ihre erwachsenen Teilnehmer und für die Kursleiter?*
- *Ist deren Bereitstellung denkbar?*
- *Welche Empfehlung geben Sie den Erwachsenenbildungseinrichtungen in Bezug auf den Präsenzunterricht, insbesondere wenn Lehrpersonen besorgt sind und die Teilnehmer trotz begrenzter finanzieller Mittel auf einen Kurs mit hoher Qualität angewiesen sind?*

• **Frage Nr. 934 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu Ausfällen im Unterrichtswesen infolge von Abwesenheit von Lehrkräften während der Corona-Pandemie**

Seit der Corona-Pandemie kommt es immer häufiger aufgrund von Abwesenheit der Lehrkräfte zu ungewolltem Unterrichtsausfall, sei es aufgrund einer Ansteckung mit dem Corona-Virus oder weil die Betroffenen auf ihre eigenen Kindern aufgrund einer Ansteckung oder Unterrichtsausfall aufpassen müssen.

Auch wenn die Maßnahmen bezüglich der Quarantäneverfahren angepasst wurden, damit weniger Klassen geschlossen werden und um somit einem Unterrichtsausfall vorzubeugen, kann leider kein Unterricht stattfinden, wenn die Lehrkräfte aufgrund der obengenannten Gründe ausfallen.

Dazu meine Frage:

- *Wie viele Stunden sind in diesem Schuljahr aufgrund von abwesenden Lehrkräften ausgefallen?*
- *Wie wird dieser Unterrichtsausfall kompensiert?*
- *Wie können die Kontinuität des Lernens und der damit einhergehende Kompetenzerwerb gesichert werden?*

• **Frage Nr. 935 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu eventuellen Sprachrückständen im Kindergarten**

Am 4. Februar berichtete De Morgen¹, dass 15% der flämischen Kinder im Kindergarten einen Sprachrückstand vorweisen würden.

Präzise heißt es dort: "Exact 85 procent van de kinderen kent genoeg Nederlands om het eerste leerjaar te starten. Bij 11 procent kan dat bijgeschaafd worden met wat extra ondersteuning, maar bij 4 procent is de kennis zo laag dat ze intensieve begeleiding nodig hebben.

Frei übersetzt bedeutet das, dass 15% der Kindergartenkinder ihre Muttersprache (hier Niederländisch) nicht gut genug beherrschen, um in das erste Primarschuljahr zu starten. Dabei kann bei 11% der Kinder diese Schwäche durch zusätzliche Unterstützung behoben werden. Bei 4% der Kinder ist allerdings eine intensive Betreuung notwendig. Der Flämische Bildungsminister Weyts sieht 12 Millionen Euro vor, um diese Problematik zu bekämpfen.

Hierzu meine Fragen:

- *Hat die DG-Regierung ebenfalls die Sprachenkenntnisse der Kinder im Kindergarten vor ihrer Einschulung in die Primarschule untersucht?*
- *Wenn ja, welche Ergebnisse wurden erzielt?*
- *Welche Maßnahmen ergreift die DG-Regierung, um eine korrekte Sprachentwicklung im Kindergarten zu garantieren?*

• **Frage Nr. 936 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum Schwimmunterricht für die SchülerInnen der Eupener Primarschulen**

Seit Beginn des Monats Januar wurde der Schwimmunterricht für die Primarschuljahrgänge 1. – 4. Schuljahr in der Gemeinde Eupen wiederaufgenommen. Die Regierung wies in den Medien daraufhin, dass mit Ausnahme der Pater Damian Grundschule, alle Schulen auf zusätzliches Schwimmlehrpersonal zurückgreifen.

Dazu meine Frage:

- *Welche Erkenntnisse zieht die Regierung bisher aus der Organisation des Schwimmunterrichts für die Eupener Primarschulen?*
- *Warum werden bisher die 5. und 6. Schuljahre nicht berücksichtigt?*
- *Warum müssen die entsprechenden Primarschulen auf zusätzliches Schwimmlehrpersonal zurückgreifen?*

¹ <https://www.demorgen.be/nieuws/15-procent-van-de-kleuters-scoort-ondermaats-voor-nederlands-op-taaltest~bb9bad0e/?referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F>

- **Frage Nr. 937 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu Corona-Selbsttest zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts zu Beginn des Jahres 2022**

Anfang Januar wurden jeweils fünf Covid-Schnelltests an Schüler und Personal des Unterrichtswesens in der DG verteilt. In einem Rundschreiben wurde empfohlen, dass sich die Schüler und das Personal möglichst vor Beginn einer Arbeitswoche selbst testen lassen sollen.

Dazu meine Frage:

- *Welche Erkenntnisse zieht die Regierung bisher aus dieser Maßnahmen?*
- *Existieren valide Daten, die den Einfluss der Maßnahme belegen können?*
- *Wie hoch sind die bisherigen Kosten für diese Maßnahme?*

- **Frage Nr. 938 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zu Selbsttests in Schulen und Kindergärten**

In Ihrem Informationsschreiben zu den Selbsttests vom 12.01.2022 erläutern Sie die Nutzung der Selbsttests im Unterrichtswesen der DG.²

Daraus geht hervor, dass die DG den Schulen und Kinderbetreuungsstrukturen auch Tests für die Kindergartenkinder bzw. die Kinder unter drei Jahre zur Verfügung stellt, falls die Eltern auch die jüngeren Kinder testen möchten.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Selbsttests nicht verpflichtend sind, ich zitiere:

"Ist die Durchführung des Selbsttests verpflichtend?

Nein, sie ist nicht verpflichtend, sie wird zum Schutz der Schüler, Personalmitglieder und ihrer aller Angehörigen aber dringend empfohlen. Die regelmäßige Durchführung eines Selbsttests trägt außerdem dazu bei, Unterrichtsausfall aufgrund von Quarantäne zu vermeiden und grundsätzlich den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten."

Uns ist zu Ohren gekommen, dass es in der DG mindestens einen Kindergarten gibt, in dem bei Kindern, die ohne Testergebnis in den Kindergarten kamen, Selbsttests durchgeführt wurden, ohne dass die Eltern hierzu ihr Einverständnis erteilt hätten.

In diesem Fall wurde die auf Freiwilligkeit basierende Selbsttestung erzwungen, zumal ein Test der Kindergartenkinder in Ihrem Rundschreiben nicht einmal empfohlen wird.

Hierzu meine Fragen:

- *Sind Ihnen andere Fälle dieser Art bekannt?*
- *Ist unsere Annahme korrekt, dass das Aufsichts- und Lehrpersonal der Schulen und Kinderbetreuungsstrukturen nicht dazu berechtigt ist, einen Selbsttest bei den in ihrer Obhut befindlichen Kinder durchzuführen?*
- *Falls diese Annahme zutrifft, wie wird seitens des Ministeriums eine Zuwiderhandlung gehandhabt?*

² Informationsschreiben_zu_den_Selbsttests_Ministerin_Klinkenberg.pdf – https://ostbelgienbildung.be/PortalData/21/Resources/downloads/coronavirus/antigen-selbsttests/Informationsschreiben_zu_den_Selbsttests_Ministerin_Klinkenberg.pdf